



STADT ITZEHOE
Der Bürgermeister
Sitzung des Schul- und Kulturausschusses
am 17. Juli 2008

SITZUNGS-
PROTOKOLL

Beginn der Sitzung: 16.30 Uhr

Ende der Sitzung: 18.15 Uhr

Ort der Sitzung: Planet Alsen, Magazin

Anwesend:

Ratsherr Stahmer als Vorsitzender
Ratsherr Dr. Müller bis TOP 3
Ratsherr Kracht
Ratsherr Langfeld ab TOP 3
Ratsherr Krämer
Ratsherr Sieberns als Vertreter für Frau Klopke bis TOP 4
Herr Bratzke
Herr Krohn
Frau Struve

beratende Mitglieder:

Ratsherr Kröhn
Herr Schröder als Vertreter für Frau Cremer

Es fehlten:

Frau Klopke

beratende Mitglieder:

Ratsherr Dawiec
Frau Cremer

Ferner anwesend:

Bürgermeister Blaschke
Ratsherr Scheidler
Ratsherr Dahlkemper
Herr Schmidt, Amt für Schulen, Sport und Kultur
Frau Dr. Hobl-Friedrich, theater itzehoe
Herr Lange, Seniorenrat
Herr Prof. Dr. Kritzmann, HafenCity Universität Hamburg
Herr Jacobs, Planet Alsen e. V.
Herr Rolle, Freiraum Itzehoe e. V.
Herr Knörzer, Freiraum Itzehoe e. V.
Schulleiterinnen und Schulleiter der Itzehoer Schulen
Herr Ehrich, Norddeutsche Rundschau
Zuhörerinnen und Zuhörer

Protokollführer/in:

Herr Arndt

Unterschrift der Vorsitzenden:

gez. Stahmer

Unterschrift des Protokollführers:

gez. Arndt

Der Vorsitzende, Ratsherr Stahmer, eröffnete die Sitzung und dankte den anwesenden Vertretern des Planet Alsen e. V. für die erwiesene Gastfreundschaft. Überdies begrüßte er vom Verein Freiraum Itzehoe e. V. die Herren Rolle und Knörzer. Der Vorsitzende stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Es wurde festgelegt, alle Tagesordnungspunkte öffentlich zu beraten. Im Hinblick auf eine mögliche Erweiterung der Tagesordnung führte der Vorsitzende aus, über einen vorliegenden Dringlichkeitsantrag der IBF-Fraktion im Anschluss an den TOP 6 beschließen zu lassen.

Auf Antrag von Ratsherrn Dr. Müller wurde durch Mehrheitsbeschluss entschieden, den TOP 8 zu vertagen und den TOP 7 in der Beratungsreihenfolge vorzuziehen. (*Anm.: Die Protokollierung des Sitzungsverlaufes erfolgt in numerischer Reihenfolge.*)

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP 2 Verpflichtung der bürgerschaftlichen Ausschussmitglieder

Bevor die zugewählten „anderen Bürger“ und beratenden Mitglieder, Herr Bratzke, Herr Krohn, Frau Struve, Herr Struve und Herr Schröder, ihre Aufgaben im Ausschuss wahrnahmen, verpflichtete der Vorsitzende diese durch Handschlag, „die Amtspflichten gewissenhaft und uneigennützig zu erfüllen und über dienstliche Vorgänge Amtsverschwiegenheit zu bewahren.“

TOP 3 Präsentation der Entwürfe des 4. Itzehoer Architektursommers

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Prof. Dr. Kritzmann von der HafenCity Universität Hamburg, der den Ausschussmitgliedern für ihr Interesse an den Arbeitsergebnissen dankte und anschließend bei einem gemeinsamen Rundgang die ausgestellten Entwürfe aus fachlicher Sicht erläuterte.

TOP 4 Vorstellung des Vereins Freiraum Itzehoe e. V.

Herr Rolle und Herr Knörzer vom Verein Freiraum e. V. stellten im Rahmen einer Präsentation das Konzept, die Zielsetzungen und das bisherige Engagement des Vereins im Bereich der unkommerziellen Kulturförderung vor. Im Weiteren unternahmen sie einen virtuellen Rundgang durch die von der Stadt überlassenen Räumlichkeiten in der Breiten Str. 36 und stellten das geplante Nutzungskonzept vor. Dabei gingen sie detailliert auf den teilweise beklagenswerten Bauzustand und die festgestellten Konstruktionsmängel des Gebäudes ein. Abschließend warben sie für eine organisatorische, technische und finanzielle Unterstützung ihrer weiteren Vorhaben. Gegenwärtig ständen für die Einrichtung eines Veranstaltungsraumes EU-Fördermittel i. H. v. 8.000 € zur Verfügung. Von der Stadt seien bisher 5.000 € für die Schaffung von Probenräumen bereitgestellt worden.

Frau Struve zeigte sich von dem vorgelegten Konzept begeistert. Zugleich stellte sie den Antrag, der UWI-Fraktion umfassende Informationen über das Gebäude und die gegenwärtigen vertraglichen Konditionen zur Verfügung zu stellen. (*Anm.: Der Antrag ist dem Protokoll beigelegt.*) Der Vorsitzende ließ über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 7 Nein-Stimmen.

Damit war der Antrag abgelehnt.

TOP 5 Bekanntgabe eines am 17.06.2008 im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlusses

Herr Schmidt verlas die Beschlussempfehlung zu TOP 5 der vorangegangenen Sitzung.

Dringlichkeitsantrag der IBF-Fraktion

Ratsherr Dahlkemper stellte für die IBF-Fraktion den Antrag, der Schul- und Kulturausschuss möge der Ratsversammlung den Kauf der Wenzel Hablik Villa bei Drittelung der Kaufsumme und Deckelung der Bewirtschaftungskosten auf 20.000 € jährlich empfehlen und begründete seinen Antrag dahingehend, dass der Stadt bei einem Kaufverzicht der Verlust eines weiteren Alleinstellungsmerkmals drohe.

Der Vorsitzende wies auf § 10 i. V. m. § 34 der Geschäftsordnung hin, wonach Dringlichkeitsanträge nur in Ausnahmefällen außerhalb der Tagesordnung eingebracht werden dürfen. Er bat Ratsherrn Dahlkemper zu begründen, wo dieser die Dringlichkeit der Angelegenheit sehen.

Der Angesprochene führte aus, dass zur nächsten Sitzung der Ratsversammlung nach der Sommerpause eine entsprechende Beschlussempfehlung vorliegen müsse, damit der gewünschte Zugriff auf das Gebäude noch zeitgerecht erfolgen könne. Im Rahmen der Diskussion stellte Ratsherr Kröhn den Antrag, die Bewirtschaftungskosten auf 16.000 € jährlich zu deckeln.

Bürgermeister Blaschke stellte fest, dass eine Zurückstellung der Beschlussfassung der Sache möglicherweise abträglich wäre. Eine Behandlung der Angelegenheit wäre jedoch erst möglich, wenn der Ausschuss die Dringlichkeit der Beratung mit 2/3 Mehrheit beschließen würde. Der Vorsitzende ließ über die Dringlichkeit des Antrags abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen für die Dringlichkeit des Antrages.

Damit war die Erweiterung der Tagesordnung abgelehnt. Der Vorsitzende sagte zu, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Schul- und Kulturausschusses zu setzen und unterband die einsetzende Sachdiskussion.

TOP 9 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 17.06.2008

Einwendungen gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben.

TOP 10 Informationen und Anfragen

Zu diesem TOP lag eine schriftliche Anfrage von Ratsherrn Krämer vor. Der Fragenkatalog und die Antworten der Verwaltung wurden von Herrn Schmidt mündlich erläutert.

Zudem stellte Herr Schmidt dem Ausschuss ein Arbeitspapier der Verwaltung vor, dass sich mit der Zusammenlegung der HS-Sude und der WBR sowie dem Standortwechsel des Förderzentrums - ausgelöst durch die Erweiterungsabsichten der AVS - befasst. Er wies darauf hin, dass ein Umzug der HS-Sude an die WBR dort einen Investitionsbedarf für den Neubau von mind. 6 Klassenräumen, Gruppen- und Fachräumen sowie eines zusätzlichen Lehrzimmers erforderlich mache.


Zudem würden durch den Umzug des Förderzentrums in eine dann frei werdende HS-Sude weitere Kosten entstehen. Deshalb werde von der Verwaltung derzeit untersucht, ob der Neubau eines Förderzentrums möglicherweise wertvolle Zeit und Kosten sparen könne, zumal dann viele durch die geplanten Standortwechsel anfallenden Anpassungsinvestitionen entfallen könnten. Darüber hinaus ließe sich hierdurch ein gemeinsamer Start der geplanten Gemeinschaftsschulen und der künftigen Regionalschule zum Schuljahresbeginn 2009/10 anvisieren.

Bürgermeister Blaschke ergänzte die Ausführungen und ging hinsichtlich der Finanzierbarkeit eines solchen Vorhabens auf die Option einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft (ÖPP) ein. Ratsherr Scheidler merkte an, dass solche in der Regel der Pflege des privaten Reichtums dienen. Dennoch erachtete es der Bürgermeister für notwendig, alle Möglichkeiten einer Schulbaufinanzierung zu prüfen.

Im Weiteren informierte der Vorsitzende darüber, dass der Bürgervorsteher Unterlagen zum Projekt „Gemäldeausstellung Matthias Jarren“ an die Fraktionen übersandt habe.

Bürgermeister Blaschke berichtete über den Eingang von zwei Zuwendungsbescheiden für die Personal- und Sachausgaben an den Offenen Ganztagschulen der Fehrs-Schule und der Klosterhof-Schule. Im kommenden Schuljahr 2008/09 fördert das Land Schleswig-Holstein das Ganztagsangebot der Fehrs-Schule i. H. v. 26.640,00 €. Die Klosterhof-Schule erhält für den gleichen Zeitraum eine zweckgebundene Landeszuwendung von 10.080,00 €.

Abschließend teilte Herr Schmidt dem Ausschuss mit, dass das Landesamt für Denkmalpflege beabsichtige, den Schwimmbadsprungturm unter Denkmalschutz zu stellen. Derzeit gebe es landesweit noch drei vergleichbare Sprungtürme.

	STADT ITZEHOE Der Bürgermeister		Sitzungsvorlage TOP: 6
	Sitzung des Schul- und Kulturausschusses am 17.07.2008		Seite:
Amt/Abteilung: Amt für Schulen, Sport und Kultur	Empfehlung zur Beratung des TOP: <input type="checkbox"/> vertraulich <input checked="" type="checkbox"/> nicht vertraulich	Art der Behandlung: <input type="checkbox"/> Beschlussempfehlung an die Ratsversammlung <input type="checkbox"/> endgültige Beschlussfassung <input checked="" type="checkbox"/> Anhörung/ Information	
Aktenzeichen: 40.02	Anlagen:		
Betreff: Verfahren zur Beantragung von Regional- und Gemeinschaftsschulen			
Beschlussvorschlag: Der Schul- und Kulturausschuss nimmt vom Verfahren zur Beantragung von Regional- und Gemeinschaftsschulen Kenntnis.			
Abweichender bzw. ergänzender Beschluss/ Empfehlung:			
Verweisung an andere Ausschüsse: <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja:		Mitwirkung anderer Ämter? <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja:	Gegenzeichn. Amtsleiter o.V.i.A.
Beratungsergebnis: <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> in das Berichtswesen aufzunehmen <input checked="" type="checkbox"/> lt. Beschlussvorschlag <input type="checkbox"/> abweichender/ergänzender Beschluss	<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: Ja-Stimmen Nein-Stimmen Enthaltungen	
Freigabe der Sitzungsvorlage für die Internetpräsentation durch den Bgm. O.V. Amtsleiter <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja		Beglaubigt: gez. Arndt	
Itzehoe, Datum 01.07.2008	Unterschrift Bürgermeister gez. Rüdiger Blaschke		



In der Ausschusssitzung am 17.06.2008 wurde die Verwaltung um eine rechtliche Einschätzung gebeten, wie mit einzelnen Schulen verfahren werden könne, die sich bei ihrer konzeptionellen Neuausrichtung gegen die bildungspolitischen Vorstellungen des Schulträgers richten.


Grundsätzlich ist festzustellen, dass § 3 Abs. 1 SchulG den Schulen im Rahmen der inhaltlichen Selbständigkeit die Befugnis verleiht, ihre pädagogische Arbeit und eigenen schulischen Konzepte innerhalb des staatlich eingeräumten Freiraumes zu entwickeln. Jede Schule gibt sich zur Ausgestaltung ihres Bildungsauftrages ein Schulprogramm, das der Schulaufsichtsbehörde vorzulegen ist. Das Schulprogramm wird durch Beschluss der Schulkonferenz festgelegt, die vor einer Beschlussfassung den Schulträger anzuhören hat. Die Pflicht zur Vorlage bei der Schulaufsicht bedeutet nicht, dass die einzelnen Programme oder konzeptionelle Ausrichtungen einer Genehmigung unterworfen sind. Die Schulaufsicht hat jedoch zu prüfen, ob der gesetzliche Rahmen eingehalten wurde. Auch durch die vorgesehene Anhörung des Schulträgers kann grundsätzlich kein entscheidender Einfluss auf die Ausbildung des Schulprofils genommen werden.

Die Vorschriften des § 3 Schulgesetz wurden aus dem SchulG a. F. in das neue Schulgesetz unverändert übernommen. Wie aus der damaligen Begründung ersichtlich, war mit ihr beabsichtigt, eine gesetzliche Grundlage für die angestrebte Erweiterung der Eigenverantwortlichkeit und Autonomie der Schulen zu bieten. Mit der Einführung der neuen Sekundarschularten wurde bei der Novellierung des Schulgesetzes keine Balance zwischen ggf. divergierenden bildungspolitischen Vorstellungen des Schulträgers und der konzeptionellen Neuausrichtung der Schulen gesucht.

Anträge auf Genehmigung einer Regional- oder Gemeinschaftsschule werden vom MBF mit dem Ziel bearbeitet, die Genehmigung zum Schuljahr 2009/10 erteilen zu können. Den Anträgen sind beizufügen:

- der Beschluss des Schulträgers über die Errichtung einer Regional- oder Gemeinschaftsschule,
- ein Nachweis, dass die beantragte Schule der Schulentwicklungsplanung (SEP) des Schulträgers entspricht (bei Abweichungen von der SEP des Kreises eine Begründung hierfür),
- ein Nachweis über die Anhörung der Schulkonferenzen der betroffenen Schulen,
- bei Regionalschulen eine Darstellung wie die pädagogischen Anforderungen der Schulart, die sich aus der Regionalschulordnung ergeben, erfüllt werden sollen,
- bei Gemeinschaftsschulen ein pädagogisches Konzept, das Aussagen zu Formen längeren gemeinsamen Lernens, zur Differenzierung im Hinblick auf Schulabschlüsse, zu Formen der Leistungsbeurteilung, ein Ganztagskonzept und ggf. ein Standortkonzept enthält.

Im Hinblick auf das Verfahren zur Beantragung und Genehmigung von Regional- und Gemeinschaftsschulen zum Schuljahr 2008/09 ist davon auszugehen, dass nach dem 30.11.2008 vorgelegte Anträge nicht mehr zeitgerecht beschieden werden können. Bisher hat keine der betroffenen Sekundarschulen die entsprechenden genehmigungspflichtigen Unterlagen vorgelegt.

	STADT ITZEHÖE Der Bürgermeister		Sitzungsvorlage TOP: 7
	Sitzung des Schul- und Kulturausschusses am 17.07.2008		Seite:
Amt/Abteilung: Amt für Schulen, Sport und Kultur	Empfehlung zur Beratung des TOP: <input type="checkbox"/> vertraulich <input checked="" type="checkbox"/> nicht vertraulich	Art der Behandlung: <input checked="" type="checkbox"/> Beschlussempfehlung an die Ratsversammlung <input type="checkbox"/> endgültige Beschlussfassung <input checked="" type="checkbox"/> Anhörung/ Information	
Aktenzeichen: 40.02	Anlagen:		
Betreff: Raumsituation an den Itzehoer Gymnasien			
Beschlussvorschlag: Der Schul- und Kulturausschuss nimmt von der Entwicklung der Raumsituation an den städtischen Gymnasien Kenntnis und empfiehlt der Ratsversammlung, die durch eine Beschaffung zusätzlicher Klassenausstattungen notwendigen haushaltmäßigen Veränderungen, im Rahmen des II. Nachtragshaushalt 2008 vorzunehmen.			
Abweichender bzw. ergänzender Beschluss/ Empfehlung: Die Angelegenheit ist nach Klärung der veränderten Rahmenbedingungen dem Ausschuss in der Sitzung am 10.09.2009 erneut vorzulegen.			
Verweisung an andere Ausschüsse: <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja:		Mitwirkung anderer Ämter? <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja: Amt 20	Gegenzeichn. Amtsleiter o.V.i.A.
Beratungsergebnis:		<input type="checkbox"/> in das Berichtswesen aufzunehmen <input type="checkbox"/> lt. Beschlussvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> abweichender/ergänzender Beschluss	<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: Ja-Stimmen Nein-Stimmen Enthaltungen
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich			
Freigabe der Sitzungsvorlage für die Internetpräsentation durch den Bgm. O.V. Amtsleiter <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja		Beglaubigt: gez. Arndt	
Itzehoe, Datum 01.07.2008	Unterschrift Bürgermeister gez. Rüdiger Blaschke		



STADT ITZEHOE
Der Bürgermeister
Erläuterungen

Seite ____
Schul- und Kul-
turausschuss
Datum 17.07.08
TOP 7

Über die räumlichen Defizite der städt. Gymnasien wurde in den vorangegangenen Ausschusssitzungen mehrfach berichtet.

Die Auguste Viktoria-Schule hat nunmehr mitgeteilt, dass ihr bereits zum Schuljahresbeginn 2008/09 zwei Klassenräume von der Pestalozzi-Schule zur Verfügung gestellt werden können, um die räumliche Situation an der AVS kurzfristig zu verbessern. Da das an der Pestalozzi-Schule vorhandene Mobiliar nicht für die notwendigen Klassengrößen der AVS ausreicht, ist es erforderlich, die Klassenraumausstattungen zu ergänzen. Die Kosten hierfür i. H. v. rd. 5.700,00 € können zunächst aus dem Vermögenshaushalt der AVS übernommen werden.

Nachdem eine Anmietung von benachbarten Gebäudeflächen durch den Schulträger nicht mehr in Erwägung gezogen wird, hat die Kaiser-Karl-Schule ihr Raumkonzept der veränderten Situation anpassen müssen. So kann z. B. durch eine Umnutzung des Medienraumes ein zusätzlicher Klassenraum geschaffen werden. Ein weiterer Klassenraum lässt sich trotz ungünstigem Raumzuschnitt im 2. OG der Schule einrichten. Die Kosten für die Ergänzung des Schulmobiliars betragen nach Auskunft entsprechender Anbieter rd. 6.400,00 €. Zudem ist es notwendig die Räume mit jeweils einer Gardinenanlage und passenden Klassenschränken zu bestücken, was den Schulträger mit rd. 4.100,00 € zusätzlich belasten wird. Hinzu kommen die Kosten für jeweils eine zweiflächige Pylonentafel von insgesamt rd. 2.800,00 €. Das Gesamtinvestitionsvolumen i. H. v. rd. 13.300,00 € wäre zunächst aus dem Vermögenshaushalt der KKS zu übernehmen.

Da die notwendigen Maßnahmen die Finanzmittel beider Gymnasien überplanmäßig belasten, wird von der Verwaltung vorgeschlagen, über den II. Nachtragshaushalt 2008, den Ansatz der HHSt. 23201.9350 der AVS um 5.700,00 € und den Ansatz der HHSt. 23101.9350 der KKS um 13.300,00 €, aus allgemeinen Deckungsmitteln zu erhöhen.



Nachdem die Pestalozzi-Schule bereits zugesagte Räumlichkeiten nun doch selber nutzen will, richtete der Schulleiter der AVS, Herr Hartung, die dringende Bitte an den Ausschuss und die hauptamtliche Verwaltung, die AVS bei der Suche nach geeigneten Klassenräumen zu unterstützen. Die Schule wisse sonst nicht, in welchen Räumlichkeiten alle zum Schuljahresbeginn 2008/09 angemeldete Kinder unterrichtet werden könnten.

Der Schulleiter der Pestalozzi-Schule, Herr v. Zydowitz, bedauerte, dass er sich kurzfristig gezwungen sah, seine noch anfangs der Woche gültige Zusage zurückziehen zu müssen. Hintergrund sei die Entwicklung der Schülerzahlen in der Mittelstufe, durch die eine Bildung größerer Klassen erforderlich werde. Diese könnten dann nicht mehr wie vorgesehen im Neubau untergebracht werden, sodass auf größere Räume zurückgegriffen werden müsse. Auf Nachfrage erklärte Herr v. Zydowitz, dass der für die sozialpädagogische Fachkraft vorgesehene Raum, derzeit für die Englisch-AG genutzt werde.

Ratsherr Krämer fragte nach, ob die kleineren Klassenräume im Neubau für die Oberstufenjahrgänge des Gymnasiums nutzbar seien. Der stellvertretende Schulleiter der AVS, Herr Föllscher, führte aus, dass die vier angesprochenen Räume für bis zu 20 Schüler geeignet wären. Aus diesem Grunde sei es für die Schule erforderlich, jeweils zwei Räume baulich zusammenzufassen.

Bürgermeister Blaschke erklärte, die Verwaltung wolle die Pestalozzi-Schule als Ausweichmöglichkeit für die AVS zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht aufgeben. Mit Hilfe des Bauamtes solle kurzfristig geklärt werden, ob und unter welchen baulichen Voraussetzungen freie Klassenräume im Gebäude der AVS zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Struve wies darauf hin, dass die dem Ausschuss bekannten Räume in der Sandkuhle weiterhin zur Verfügung ständen. Der Vorsitzende schlug vor, die Angelegenheit bis zur detaillierten Klärung der räumlichen Situation an der Pestalozzi-Schule auf die nächste Sitzung zu verschieben. Der Schulleiter der KKS, Herr Klietz, plädierte dafür, dass sich der Ausschuss ein grundsätzliches Bild von der Raumsituation an den Gymnasien machen müsse. Insbesondere wies er hierbei auf die fehlende Fachraumausstattung an der KKS hin. Der Vorsitzende sagte dem Schulleiter zu, den nächsten Schul- und Kulturausschusses in der KKS tagen zu lassen.

In diesem Zusammenhang verwies Bürgermeister Blaschke auf ein Schreiben des Schulleiternbeirats der KKS an die Fraktionen und betonte, dass ein Verzicht auf die Anmietung der Räumlichkeiten Sandkuhle zu einer schnellen Umsetzung einer ganzheitlichen Lösung an den Gymnasien führen müsse.